

des Abgeordneten Kai Abruszat von der Fraktion der FDP?

(Kai Abruszat [FDP]: Ich bin mit einer schriftlichen Beantwortung meiner Frage einverstanden!)

– **Schriftlich.** (Siehe Anlage 2)

Wunderbar, damit haben wir eine Verfahrensregelung für alle weiteren mündlichen Anfragen getroffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind dann bei Tagesordnungspunkt

## **7 Anwohnerschutz und kommunale Selbstverwaltung bei Windkraft erhalten – Akzeptanz erneuerbarer Energien nicht gefährden**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1323

Ich erteile für die antragstellende Fraktion der FDP dem Abgeordneten Abruszat das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Kai Abruszat** (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist Aufgabe der Opposition, dafür zu sorgen, dass die Regierung Politik im Interesse der Menschen macht. Das hat Minister Remmel in seiner Zeit als Abgeordneter in den letzten fünf Jahren in der entsprechenden Rolle ja auch getan.

Das, was ich heute aber zunächst abgeben möchte, ist ein klares Bekenntnis meiner Fraktion, und zwar für erneuerbare Energien in Deutschland und für die gesteckten Klimaschutzziele des Bundes. Der Bund hat ein Energiekonzept vorgelegt, das einen Einstieg in die erneuerbaren Energien vorzeichnet, einen Einstieg mit Bezahlbarkeit von erneuerbaren Energien. Das ist auch eine Politik des Ermöglichtens.

Ich habe die herzliche Bitte, meine Damen und Herren, dass wir uns bei diesem sehr sensiblen und emotionalen Thema nicht gegenseitig als Windkraft- und Atomlobbyisten titulieren. Es geht an dieser Stelle doch um etwas ganz anderes: Es geht darum, dass wir die Menschen auf dem Weg in das Zeitalter der regenerativen Energien mitnehmen. Es geht darum, dass wir im Dialog mit den Menschen und auf Augenhöhe mit den Menschen Politik für die Menschen machen.

Ich sage das gerade deshalb so deutlich, weil das Thema „Windkraft“ in der Vergangenheit so heftig umstritten war. Deswegen ist es eine Frage der nötigen Sensibilität, eine Stilfrage, wie man mit einem solchen Thema umgeht. Da kann man eine Politik nach der Methode „Basta“ einfach nicht goutieren, meine Damen und Herren. Sonst richten Sie, Herr

Minister Remmel, an jeder Stelle runde Tische ein – wir haben so viele runde Tische in Nordrhein-Westfalen, dass wir schon gar keine eckigen mehr haben. Und beim Thema „Windkraft“ legen Sie einfach den Erlass vor und machen an der Stelle ein Stück weit Basta-Politik. Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die kommunale Planungshoheit wird eingeschränkt. Damit wird auch den Bürgern in ihrem unmittelbaren Einflussbereich die Möglichkeit genommen, sich zu beteiligen. Wir müssen bei einem solchen Thema die Betroffenen doch mitnehmen – ich sagte es bereits – und dürfen nicht einfach pauschal Abstandsregelungen streichen, die zum Schutz der Bürger erlassen worden sind.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal genauer auf das Ziel der Landesregierung eingehen, den Anteil der Windkraft in Nordrhein-Westfalen bis 2020 zu verfünffachen. Es ist immer sehr loblich, sich hehre und große Ziele zu stecken. Aber ein bisschen sind Zweifel schon erlaubt, ob das nicht zu hohe Messlatten sind.

Was würde eine Verfünffachung denn bedeuten, meine Damen und Herren? Ende 2010 waren in Nordrhein-Westfalen rund 3.000 MW Windenergie installiert. Eine Verfünffachung entspräche dann also bis 2020 etwa 15.000 MW. Das bedeutet, inklusive 2011 bräuchten wir einen jährlichen Zuwachs durch Repowering und Zubau von 1.200 MW. So weit, so gut. Aber wenn man weiß, dass wir in Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr einen Zubau von 90 MW hatten und im Jahr 2002, in dem bundesweit der größte Ausbau von Windkraft überhaupt erfolgte, einen Zubau 425 MW, dann weiß man auch, dass 1.200 Megawatt Zubau pro Jahr nicht realistisch sind.

Setzt man das im Übrigen ins Verhältnis zu den Ausbauzielen der Windkraftbranche, die sich bundesweit 45.000 MW bis 2020 vorgenommen hat, dann müsste Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichstes Bundesland ohne Küstenzugang ein Drittel des deutschen Windstroms produzieren, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der FDP)

Damit wir wissen, über welche Größenordnung wir reden: Selbst wenn wir das Repowering großzügig mit einrechnen würden, bräuchten wir 4.000 bis 5.000 zusätzliche Windkraftanlagen. Das heißt, am Ende dieses Prozesses sollen dann fast 8.000 Windkraftanlagen in Nordrhein-Westfalen stehen. – Insofern muss man die Ziele der Landesregierung hier infrage stellen und feststellen, dass sie doch etwas realitätsfremd sind.

Ich möchte Ihnen auch noch etwas mit auf den Weg geben. Sie tun die ganze Zeit so, als sei Nordrhein-

Westfalen so schlecht in der Windbranche, weil Schwarz-Gelb einen so restriktiven Erlass gehabt hat. Interessant aber ist, dass die Energieagentur, die der Landesregierung selbst untersteht, festgestellt hat, dass der Ausbau in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren im Bundesdurchschnitt liegt. Insofern, meine ich, überhöhen Sie die Wirkung des Erlasses doch um einiges.

Meine Damen und Herren, ich will dennoch nicht verhehlen: Ein solcher Erlass ist ein bemerkenswertes Signal an die Bürger in diesem Land. Nachdem wir nämlich in den letzten fünf Jahren Ruhe hatten, bringen Sie mit dieser geplanten Novellierung viel Unruhe ins Land. Die Menschen wollen erneuerbare Energien, sie wollen sie aber eben nicht in ihrem Wald, mit dem sie emotional sehr verbunden sind, und sie wollen sie auch nicht so nah an der Wohnbebauung.

Bitte überdenken Sie noch mal, ob es nicht sinnvoll wäre, auch im Dialog zu einer Lösung zu kommen, bei der wir Klimaschutz, Anwohnerinteressen und Naturschutz besser in Einklang bringen. Meine Damen und Herren, Windenergie hat nur dann eine Zukunft, wenn sie von den Menschen in Nordrhein-Westfalen akzeptiert wird. Mit diesem Windkrafterlass ist das nicht möglich. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Abrusatz. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Deppe das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Rainer Deppe (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bundesrepublik hat sich vorgenommen, dass die erneuerbaren Energien den Hauptteil im Energiemix in der Zukunft übernehmen sollen. Dafür haben wir ökologische Gründe. Es gibt ökonomische Gründe. Es gibt auch noch strategische Gründe, zum Beispiel die Verminderung von außenpolitischen Abhängigkeiten.

Bundesminister Norbert Röttgen hat mit dem Energiekonzept der Bundesregierung erstmals einen Fahrplan für den kontinuierlichen Umstieg von konventionellen auf erneuerbare Energieträger vorgelegt. Die CDU-Fraktion unterstützt ausdrücklich die konkreten Umstiegsziele, auch das Ziel, 2020 35 % des Stroms aus erneuerbaren Energien zu erzeugen.

(Beifall von der CDU)

Diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen wird nur gelingen, wenn die Windenergie an Land im Mix der erneuerbaren Energien den überwiegenden Anteil einnimmt. Ich will es in einem Satz zusammenfassen: Die CDU hat ihren Frieden mit der Windkraft gemacht.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das hat lange gedauert!)

Unser aller Aufgabe aber ist es, dafür zu sorgen – sagen wir besser: dabei mitzuhelfen –, dass der Umbau der Energieversorgung gelingt und dass er vor allem von der Bevölkerung getragen wird. Dazu empfehle ich als Erstes eine verbale Abrüstung. Der Kollege Abrusatz hatte eben zum Beispiel die „Atomlobbyisten“ erwähnt. Das ist ein Wort, das uns immer wieder entgegengehalten wird. Ich denke auch, dass Begriffe wie „Monsterwindräder“ niemandem weiterhelfen.

Genauso wichtig – da versagen Sie von Grünen und SPD auf ganzer Linie – ist es, die Windkraftanlagen in einem größtmöglichen Konsens mit den Betroffenen und der Bevölkerung zu errichten.

(Beifall von der CDU)

Genau diesen Konsens suchen Sie nicht. Sie reden nicht mit den Betroffenen. Sie reden nicht mit den Verbänden. Sie reden nicht mit den Kommunen. Sie setzen überstürzte Fristen und nehmen dadurch den Beteiligten die Chance, ihren Sachverstand rechtzeitig einzubringen. Das ist nicht nur nicht in Ordnung, sondern das führt auch dazu, dass Sie solch einen Torso wie den aktuellen Windkrafterlass abliefern.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wann hat es das schon einmal gegeben, dass alle drei kommunalen Spitzenverbände nicht an einer Verbändeanhörung teilgenommen haben, obwohl es bei den geplanten Eingriffen in die kommunale Planungshoheit um Eingriffe in einen Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung geht? Das hat es in der Geschichte dieses Parlamentes noch nie gegeben, dass die Kommunen so überfahren wurden.

Sie stoßen die Kommunen – übrigens vor allem wieder einmal im ländlichen Raum – knallhart vor den Kopf: Erst nehmen Sie den kreisangehörigen Kommunen 133 Millionen € mit dem GFG, und jetzt höhlen Sie auch noch die Planungshoheit aus. Finanzen und Planungshoheit, meine Damen und Herren, sind die beiden Hauptsäulen der kommunalen Selbstverwaltung, die Sie offenbar überhaupt nicht interessieren.

Sie sind erst wenige Monate im Amt. Wenn ich mir die Regierungsbank ansehe, stelle ich fest, dass die schon etwas ausgedünnt ist.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mostofizadeh?

**Rainer Deppe (CDU):** Nein, ich möchte erst mal weitermachen. – Sie sind also erst wenige Monate

im Amt. Und schon haben Sie sich im Grunde genommen wie in einem Bunker eingegraben und verweigern den Dialog mit allen, die nicht von vornherein nach Ihrer Pfeife tanzen: Der Wirtschaftsminister, der jetzt leider weg ist, redet nicht mit der Wirtschaft, der Finanzminister redet nicht mit dem Verfassungsgericht, und der Umweltminister redet nicht mit den Kommunen. Ist das eigentlich ein Kabinett von Autisten, das unser Land regiert?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich kann Ihnen heute schon ankündigen, dass die CDU-Fraktion auf jeden Fall dafür sorgen wird, dass alle Betroffenen bei einer Anhörung zum Windkraft-Erlass in diesem Parlament umfassend zu Wort kommen werden – ob Ihnen das passt oder nicht.

Meine Damen und Herren, Akzeptanz gewinnt man nur, wenn man umfassend und ehrlich informiert. Wer 2 % der Landesfläche für Windenergie reservieren will, der muss auch sagen: Es geht um eine Fläche so groß wie 68.000 Fußballfelder. Das sind 170 Fußballplätze in jeder Gemeinde. Außerdem geht es um Tausende neuer großer Windkraftwerke bis zu einer Höhe von 230 m.

Wer das will, der darf sich auch nicht wegducken, sondern muss zugeben: Selbstverständlich werden Landschaftsschutzgebiete für Windräder in Anspruch genommen. Selbstverständlich werden auch Bereiche zum Schutze der Natur nicht mehr ausgenommen, wenn es darum geht, neue Windräder zu bauen.

Wer das will – das sage ich besonders in Richtung der Grünen –, der muss auch sagen: Das Bild von einer unberührten Natur, von Ruhe, von Rückzugsräumen für gefährdete Tier- und Pflanzenarten, von naturnahen Wäldern und der massive Ausbau von Windrädern passen nicht zusammen. Das muss man den Menschen sagen. Das aber tun Sie nicht. Darum werden Sie Schiffbruch erleiden.

(Beifall von der CDU)

Die Menschen werden sich zu Recht beklagen. Warum wird derjenige, der an seinem Haus im Außenbereich – Beispiele aus meinem Wahlkreis könnte ich Ihnen genügend bringen – ein Badezimmer anbauen will, einen Carport oder, wie jetzt zuletzt, einen Schuppen für eine Holzheizung, von den Baubehörden drangsaliert, weil angeblich Eigenart und Schönheit der Landschaft beeinträchtigt werden, während Sie andererseits genau in dieser freien Landschaft Tausende großindustrieller Windkraftanlagen installieren wollen? Da spielen Landschaftsschutz und Freiraumschutz auf einmal überhaupt keine Rolle mehr. Bei einem 2,30 m hohen Carport geht gar nichts, aber für ein 230 m hohes Windkraftwerk ist die Genehmigung kein Problem. Das passt einfach nicht zusammen. Das müssen Sie den Menschen erst mal erklären.

In der letzten Wahlperiode war ich im Petitionsausschuss. In den ersten Jahren hatten wir 40 Petitionen gegen Windkraftanlagen. Seit dem Jahr 2006 ist die Zahl der neu eingegangenen Petitionen zu diesem Themenbereich deutlich zurückgegangen. In der 15. Wahlperiode haben wir ganze drei Petitionen, die sich mit dem Thema beschäftigen. Frieden und Konsens mit der Bevölkerung ist auch etwas wert. Aber das interessiert Sie offenbar gar nicht.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Aber es ist nicht vorangegangen!)

Noch einmal: Wir sind keineswegs gegen Windkraft. Wir setzen aber auf die Akzeptanz durch die Bevölkerung und auf die Rechte der Kommunen. Beides fordern wir von Ihnen ein. Beides aber liefert dieser Erlass nicht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie kommen mir vor wie die drei berühmten Affen: Sie hören den Menschen nicht zu, Sie verschließen die Augen vor der Wirklichkeit in der Landschaft, und Sie sprechen nicht mit den Menschen. Das Schlimmste ist: Sie sagen ihnen nicht die Wahrheit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Deppe. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Stinka das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**André Stinka<sup>\*)</sup>** (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Deppe, Herr Abruszat, mir ist klargeworden, wie Sie es meinen, wenn Sie über Dialog sprechen: Zuerst laden Sie die Leute ein – wie wir es erlebt haben –, dann wird ihnen ordentlich vors Schienbein getreten. – So, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wird man hier keinen Dialog aufbauen. Ich bin dankbar dafür, dass Sie abgewählt wurden: weil Sie es einfach nicht begreifen und in dem Bereich einfach nicht können. Das ist durch den Kollegen Deppe gerade noch mal ganz deutlich geworden.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Kollege Deppe hat von einem „Bunker“ gesprochen. Herr Deppe, so tief, wie Sie bei dem Thema unten drin sitzen, dauert es ewig, bis Sie da herauskommen. Sie können aber dankbar dafür sein, dass der Strom, der Ihnen den Weg leitet, irgendwann aus mehr Windkraft in NRW kommt, weil wir uns darum kümmern, Herr Deppe. Das möchte ich noch mal ganz deutlich sagen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich war schon äußerst erstaunt, als ich den Antrag der FDP-Fraktion gese-

hen habe. Einerseits schwingen Sie sich als Retter der Windkraft und der erneuerbaren Energien auf. Andererseits nutzen Sie diesen Antrag im Grunde genommen, um der erneuerbaren Energie und der Windkraftenergie nachweislich Schaden zuzufügen.

Kolleginnen und Kollegen der FDP, seien Sie versichert: Wenn es um Anwohnerschutz geht, wenn es darum geht, die Sorgen der Menschen, der Städte und der kommunalen Selbstverwaltung hier im Land ernst zu nehmen, dann ist man bei der rot-grünen Landesregierung gut aufgehoben.

Wir brauchen auch ganz sicher keine Nachhilfestunden von denjenigen, die ein Gesetz im Nachhinein anpassen wollten, weil ein großes Kraftwerkprojekt in NRW nicht geklappt hat. Das war der dickste Schlag, um die Akzeptanz bei den Menschen zu zerstören. Wir brauchen wirklich keine Hinweise von Ihrer Seite dazu, wie es laufen soll. Dies gilt gerade für CDU und FDP, die in den letzten Jahren massiv die Beteiligungsrechte vieler im Landschaftsgesetz zurückgeschraubt haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Stinka, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Möchten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Abruszat zulassen?

**André Stinka**<sup>1)</sup> (SPD): Ja.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte schön, Herr Kollege.

**Kai Abruszat** (FDP): Ganz herzlichen Dank, lieber Herr Kollege Stinka, dass Sie mir die Möglichkeit geben nachzufragen. Ich habe mit Interesse Ihre Ausführungen zur Kenntnis genommen. Danach nehmen Sie die Sorgen und Ängste der Bürger auch ernst. Wie bewerten Sie denn dann die Tatsache, dass die Abstandsregelungen in solch eklatantem Maße eben nicht im Interesse der Bürger geregelt werden, wie es jetzt den Anschein hat?

**André Stinka**<sup>1)</sup> (SPD): Mit den Spitzenverbänden und den Menschen werden wir Diskussionen zum Thema „Windkrafteerlass“ führen. Das habe ich vorhin schon ausgeführt.

(Zuruf von Kai Abruszat [FDP])

– Herr Abruszat, Sie werden sich erinnern, dass wir es waren, die in der letzten Umweltausschusssitzung eine Anhörung zu diesem Thema beantragt haben. Sie können daran sehen, dass wir uns nicht vor dem Votum der Menschen scheuen. Wir haben keine Sorge darum, wie die Menschen diesen Erlass bewerten.

Sie machen in Ihrem Antrag deutlich, dass Akzeptanz eine ganz wichtige Sache ist und man sich dafür noch mal deutlich aussprechen muss. Wenn ich die Kleine Anfrage aus Ihrer Fraktion nehme, in der von „Monsterwindrädern“ die Rede ist, und diese in Bezug zu der genannten Akzeptanz setze, dann frage ich mich, über welche Terminologie wir hier eigentlich sprechen. Wenn Sie ein Wirtschaftsgut von vornherein als „Monsterwindkraftanlage“ bezeichnen, haben Sie sich gleich auf eine Seite geschlagen und sind garantiert kein Gesprächspartner, der Dialog und Akzeptanz in diesem Raum deutlich macht.

Sie sagen auch nicht, welche enorme wirtschaftliche Bedeutung die Windkraft für den Standort Nordrhein-Westfalen und die Zulieferer in der Stahlindustrie hat. Diesen Aspekt lassen Sie in Ihrem Antrag völlig außer Acht.

Ich glaube manchmal, Sie haben die Realität des Klimawandels nicht begriffen. Ich beziehe mich noch einmal auf eine Anfrage aus Ihrer Fraktion zum Thema „Windkraft“. Darin bezweifeln Sie, dass durch Windkraftnutzung eine CO<sub>2</sub>-Senkung stattfindet. Ich habe arge Zweifel, ob Sie sich dieser Aufgabe wirklich stellen und davon reden sollten, wie die Menschen beteiligt werden.

Sie malen in Ihrem Antrag Zahlenspiele, wie viele tausend Windkraftanlagen wir mutmaßlich in irgendwelche Vorgärten von Menschen stellen, vergessen dabei aber, Herr Abruszat, dass Sie unter der alten Landesregierung selbst ein Klimaschutzziel von 33 % formuliert haben, wobei Sie sind nicht davon ausgegangen sind, dass Sie es erreichen können. Das kann man anhand der Protokolle genau belegen. Vor diesem Hintergrund wäre ich an Ihrer Stelle sehr vorsichtig.

Und Sie werfen den Menschen Sand in die Augen. Sie sagen auf der einen Seite: Wir sind für Alternativen, wir sind auch für Klimaschutz. – Aber Sie müssen den Menschen auch sagen, wie. Auch in Ihrem Antrag bleiben Sie die Antwort darauf schuldig.

Das Energiekonzept der Bundesregierung ist nicht das Energiekonzept, an dem sich die rot-grüne Landesregierung ausrichtet. Das ist es ganz sicherlich nicht. Deswegen sind Ihre Zahlenspielereien völlig abstrus und treffen auf Nordrhein-Westfalen nicht zu.

Wir arbeiten an einem neuen und besseren Windkrafteerlass, weil wir die Windkraft nach vorne bringen wollen. Wir werden mit den Menschen und der kommunalen Selbstverwaltung in dem gesetzlichen Rahmen darüber reden. Wir wollen die Planungshoheit erhalten. Das sage ich als Münsterländer noch mal sehr deutlich.

Die Zahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen gerade der FDP-Fraktion, möchte ich nicht unkommentiert lassen. Sie sagen, es sei unmöglich, die Windkraft in dem erwarteten Maß auszubauen, und verweisen

auf die Zuwachsraten der letzten Jahre. Warum waren die Zuwachsraten in Nordrhein-Westfalen denn gerade im Bereich des Repowering so schlecht? Weil die abgewählte Landesregierung zu Beginn ihrer Regierungszeit einen Windkrafteffekt gemacht hat, der dazu führte, dass weder Repowering noch Neueinsatz von Windkraftanlagen vorangekommen sind. Dass Sie dadurch zusätzlich den Wirtschaftsstandort geschwächt haben, haben Sie überhaupt nicht angesprochen.

Laut Statistischem Bundesamt und der Energieagentur, die Sie gerade angeführt haben, ist die Bruttostromerzeugungskapazität der Windkraft in Nordrhein-Westfalen von 2005 bis 2009 um 27 % gestiegen. Der Bundesdurchschnitt liegt aber bei 41 %. Für meine Fraktion stellt sich hier ein sehr deutlicher Unterschied dar; denn es kommt auf die Produktion an.

Ich möchte noch mal ganz deutlich den Aspekt der SPD herausarbeiten, dass der Ausbau der Windkraft ein deutlicher Beitrag für Wirtschaft und Klimaschutz ist. Es gilt, beides nicht gegeneinander auszuspielen. Deswegen arbeiten wir an einem effizienten, guten Klimaschutzgesetz, über das wir uns sicherlich in den nächsten Wochen noch unterhalten werden, und an einem besseren Windkrafteffekt.

Wenn Sie die Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes ignorieren, schauen Sie sich die Aspekte der Wirtschaft an! Das Institut für Wirtschaftsforschung hat vor wenigen Wochen eine Studie veröffentlicht, die noch einmal den Ausbau gerade der Windkraft als Erfolgsfaktor im Bereich der Erneuerbaren deutlich macht. Nordrhein-Westfalen und das Saarland erzielen dabei in der Kategorie „Wirtschaftlicher und technologischer Wandel“ die mit Abstand schlechtesten Werte. Nordrhein-Westfalen liegt auf dem letzten Platz.

Mit anderen Worten – deswegen führe ich das Thema Wirtschaft noch mal so deutlich aus –: Die beiden Bundesländer, die in den letzten Jahren von einer CDU/FDP-Regierung geführt wurden und einen deutlichen Strukturwandel zu absolvieren haben, schneiden gerade beim Strukturwandel am schlechtesten ab. Das müsste Ihnen zu denken geben, wenn wir davon sprechen: Wie wollen wir weiter wirtschaften?

Ich möchte auch deutlich machen, was Herr Deppe gerade ausgedrückt hat: Ja, die CDU hätte ihren Frieden gemacht. – Es hat mich besonders gefreut, dass Herr Ortgies bei einem Empfang der Landesarbeitsgemeinschaft „Erneuerbare Energie NRW“ deutlich gemacht hat, dass es falsch war, die Höhenbegrenzungen in Windzonen zuzulassen, weil er sehr wohl weiß, wie wichtig die Höhe für das wirtschaftliche Betreiben der Windkraftanlagen ist.

(Friedhelm Ortgies [CDU]: Nur die Höhenbegrenzungen!)

– Ja, das habe ich gesagt: nur die Höhenbegrenzungen.

Ich fasse zusammen: Windkraft ist für unser Land ein hohes Gut von großer Wichtigkeit bei einem realen Klimaschutzkonzept mit realen Zahlen, die wir erreichen und nicht nur aufschreiben wollen. Wir werden die Menschen bei diesem Erlass mitnehmen, der erst auf den Weg gebracht wird. Wir werden die Sorgen ernst nehmen – auch aus den Erfahrungen, die wir im Münsterland gesammelt haben.

Wenn Sie zum Dialog sprechen, sollten Sie auch dazu fähig sein und nicht durch verbale Äußerungen von Ihrem Versagen der letzten Jahre ablenken. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordnete Kollegin Brems das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Wibke Brems (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe FDP, mit diesem substanzlosen Antrag zeigen Sie mal wieder, welchen Stellenwert die kommunale Wertschöpfung und die wirtschaftspolitische Bedeutung der Windenergie für Sie haben. Kurz gesagt: Die FDP ist beim Thema Wind vollkommen durch den Wind.

Auf einmal blenden Sie nämlich wichtige Tatsachen aus. Der zweitgrößte Stahlabnehmer in Deutschland ist bereits die Windindustrie. Mit ThyssenKrupp ist eines der größten Stahlunternehmen in Nordrhein-Westfalen beheimatet. Fünf der weltweit führenden Getriebehersteller für Windenergie haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Bereits 10.000 Arbeitsplätze hängen allein in Nordrhein-Westfalen von der Windenergie ab.

(Christof Rasche [FDP]: Lobby pur!)

Zudem bietet die Windenergie auch für die kommunale Wertschöpfung enorme Chancen. Pro installiertem Megawatt werden ca. 100.000 € allein an Gewerbesteuererinnahmen generiert. In der Stadt Steinfurt zum Beispiel ist der Bürgerwindpark Hollich bereits der zweitgrößte Gewerbesteuerzahler. Sie dagegen waren es, die den Kommunen durch unnötig hohe Abstandsregelungen und Höhenbegrenzungen ihre Gestaltungsmöglichkeiten geraubt haben.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Abruszat möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie die zulassen.

**Wibke Brems** (GRÜNE): Nein.

Der uns vorliegende Entwurf des neuen Erlasses dagegen gibt den Kommunen endlich wieder Gestaltungsfreiraum und beschränkt sie nicht in ihrer Entscheidungsfreiheit. Viele Kommunen sitzen in den Startlöchern und möchten endlich mehr Windenergie im Konsens mit allen Beteiligten umsetzen.

(Lachen von Friedhelm Ortgies [CDU])

Denn eines wollen wir klarstellen: Wir stehen für Ermöglichen statt Zwang. Allerdings habe ich das Gefühl, Sie messen mit zweierlei Maß. Zum einen empören Sie sich an jeder denkbaren Stelle über angebliche Marktbegrenzung und prangern Investitionshemmnisse an. Zum anderen haben Sie 2005 einen Windkrafterlass herausgegeben, der eigentlich nur als Verhinderungsinstrument betrachtet werden kann. Statt Sorgen und Nöte ernst zu nehmen, wurden nur Ängste und Sorgen geschürt und Entwicklungspotenziale beschnitten.

Genau das versuchen Sie jetzt hier schon wieder. Sie behaupten, im neuen Entwurf gebe es keine Abstandsregelung. Das ist schlichtweg falsch.

(Werner Jostmeier [CDU]: Was denn für eine Abstandsregelung?)

– Das kann ich Ihnen ganz klar sagen: Ihre 1.500 m im Windenergieerlass waren doch reine Willkür.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir dagegen schauen differenziert hin.

(Friedhelm Ortgies [CDU]: Haben Sie mal mit Anwohnern gesprochen?)

Eines ist ganz klar: Jede Energieform – das muss man sagen – hat Auswirkungen auf die Umwelt. Uns Grünen ist es natürlich wichtig, dass diese Auswirkungen möglichst gering sind. Dabei muss man sich manchmal auch einige Verhältnisse im Vergleich anschauen. Schon eine 2-MW-Windenergieanlage holt mehr Ertrag aus der Fläche als die Braunkohle. Von anderen Umweltschäden wie etwa Grundwasserabsenkung haben wir dabei noch nicht mal geredet.

Der Windenergieerlass ist also keineswegs einseitig und wird unserem Anspruch als Grundlage absolut gerecht. Er berücksichtigt sowohl die Interessen der Anwohner, die Belange des Naturschutzes und der nachhaltigen Energieversorgung und nimmt genau die Abwägung vor, die in Ihrem Erlass nie zu finden war.

Auf dem Weg zu 100 % erneuerbarer Energien ist eines klar: Wind nur an der Nordsee und Sonnenenergie aus der Sahara – das ist keine Lösung und trägt im Übrigen auch nicht zum Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen bei. Die Tatsache, dass Sie Nordrhein-Westfalen, Herr Abruszat, als windarm bezeichnen, zeigt, wie wenig Ahnung Sie haben. Ein Blick in den Atlas für erneuerbare Energien

zeigt, dass Nordrhein-Westfalen in weiten Teilen über sehr gute Windverhältnisse verfügt.

(Beifall von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Nur an der Nordsee!)

Ich kann das gerne vergleichen. Brandenburg beispielsweise hat die Chancen der Windenergie längst erkannt und hat, wenn man sich diesen Atlas anschaut, ein ähnlich gutes Potenzial wie NRW. Dort wurde aber bereits das Doppelte an Kapazität installiert.

Sie sagen in Ihrem Antrag, dass Nordrhein-Westfalen bei installierter Leistung in der Spitzengruppe sei. Ja, das ist richtig, Nordrhein-Westfalen ist auf Platz 5 in dieser Kategorie, weil der Zubau bis 2005 größer als bei anderen Ländern war. Seitdem ist der Zuwachs deutlich zurückgegangen und liegt hinter dem von Rheinland-Pfalz. Diese Werte muss man sich insbesondere angesichts der Größe Nordrhein-Westfalens vor Augen führen. Würden Energienachfrage und Fläche berücksichtigt, wäre Nordrhein-Westfalen mit Sicherheit weit abgeschlagen.

In Ihrem Antrag gehen Sie zudem bei der Betrachtung der Möglichkeiten des Repowerings von falschen Voraussetzungen aus. Es geht darum, wenige große statt vieler kleiner Anlagen zu betreiben. Das ist das Prinzip des Repowerings, liebe FDP.

Der Durchschnitt der installierten Leistung pro Anlage liegt derzeit in Nordrhein-Westfalen unter 1 MW. Im Jahr 2010 waren allerdings 85 % der insgesamt installierten Anlagen in Deutschland 2 MW oder größer. Ihre Rechnung zur Anzahl der bisher benötigten Anlagen für die Erreichung unserer Ziele geht also von Voraussetzungen aus, die absolut veraltet sind. Wenn wir die Anlagen mit einer geringeren Leistung als 1 MW ersetzen, beispielsweise durch Anlagen der 2-MW-Klasse, bei einer maximalen Gesamthöhe einer Anlage von 150 m, dann könnte die installierte Leistung ohne eine einzige zusätzliche Anlage einfach verdoppelt werden.

Ihre Rechnung mit 4.400 neuen Anlagen bei einer Verdoppelung der Leistung geht daher völlig ins Leere und zeigt im Übrigen auch, wie viel Sie noch über die technischen Bedingungen der Windenergie lernen müssen, liebe FDP.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu guter Letzt möchte ich Ihnen noch ein chinesisches Sprichwort mit auf den Weg geben: Wenn der Wind des Wandels weht, dann bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. – Als nächster Redner

hat für die Fraktion Die Linke Herr Abgeordneter Aggelidis das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

**Michael Aggelidis (LINKE):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der uns vorliegende Antrag der FDP bezieht sich auf eine Rede des NRW-Umweltschutzministers Johannes Remmel vom 30. November letzten Jahres aus Anlass eines Parlamentarischen Abends für die Landesarbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energie NRW e. V.; auf diese Rede werde ich zurückkommen. Der Antrag ist ohne jede inhaltliche Substanz. Lassen Sie ihn uns gleichwohl analysieren. Bei manchen Passagen kommen einem wirklich die Tränen.

Die FDP-Fraktion singt hier das Hohelied der Bürgerbeteiligung und der Beteiligung betroffener Kommunen und Anwohner an Investitionsentscheidungen, die die Lebensverhältnisse vor Ort beeinträchtigen könnten: durch die Geräusche der Rotoren, die Schatten, die Windkraftanlagen werfen könnten, die Bedrängnis durch die Nähe solcher Anlagen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wäre gar nicht verkehrt, wenn die FDP diese Haltung verallgemeinern würde, sagen wir mal, im Hinblick auf Großprojekte wie Stuttgart 21, auf AKWs und neue Kohlekraftwerke. Aber siehe da: Bei all diesen Fragen steht der Schutz der Investoren und der Macher des Machbaren samt ihrer Profite für die FDP an erster Stelle – bloß nicht in Sachen Windkraftanlagen.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)**

Anlass für den Antrag und die Warnung der FDP-Fraktion ist, wie gesagt, die Rede von Herrn Remmel. Diese Rede beginnt mit dem Hinweis auf den Klimagipfel von Cancún. Der Minister erinnert daran, dass in NRW ein Drittel aller in Deutschland entstehenden Treibhausgase ausgestoßen wird. Jawohl, mir scheint klar, dass wir in den Industrieländern in der Verantwortung stehen, Vorreiter beim Umsteuern auf die erneuerbaren Energien und beim Einsparen von Energie zu sein, damit die unabdingbaren Klimaschutzziele erreicht werden. Diese Rolle müssen wir spielen. Es widerspricht jeder Klimagerechtigkeit, wenn diese Rolle den armen Ländern der sogenannten Dritten Welt aufgebürdet würde.

(Beifall von der LINKEN)

Herr Minister Remmel von der SPD/Grünen-Regierung geht so weit, zu sagen: Was wir uns vorgenommen haben – nichts Geringeres als eine Revolution. Mehr haben wir Linken uns auch nicht vorgenommen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen vom Verfassungsschutz, ganz akkurat zu registrieren, wer das gesagt hat, nämlich der Minister der Landesregierung. Er will eine ökologisch-industrielle Revolution, und dafür will er Nordrhein-Westfalen

zum führenden Energie- und Klimaschutzland in Europa weiterentwickeln. Da sind wir Linken ganz an der Seite des Ministers der Kraft-Regierung, Johannes Remmel.

(Beifall von der LINKEN)

Er kündigte für das nächste Jahr ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Klimaschutzzielen an. Darauf sind wir sehr gespannt, werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen. Er kündigte einen Windenergieerlass an, der die kräftige Anhebung des traurigen dreiprozentigen Anteils der Windenergie auf mindestens 15 % bis 2020 ermöglichen soll. – So weit der Minister.

Da schreit die FDP-Fraktion: Das geht nicht, das ist Utopie. Wir Linken sagen: Das ist keine Utopie, das geht, und zwar dann, wenn das demokratisch organisierte Gemeinwesen diese Aufgabe übernimmt.

Herr Minister Remmel, eins dürften auch Sie wissen: Wenn die Großkonzerne das Sagen behalten, dann behält die FDP schließlich doch recht, und unser gemeinsames Anliegen bliebe Utopie. – Danke.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Aggelidis. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Remmel.

**Johannes Remmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Herrn Deppe dankbar, dass er die Position der CDU markiert hat, indem er gesagt hat, dass die CDU-Fraktion mittlerweile ihren Frieden mit der Windenergie geschlossen habe. Das war vor fünf Jahren anders. Ich kann es mir nicht verkneifen, auch hier noch einmal aus der „ZEIT“ 36/2005 zu zitieren:

„Der Audi des Ministers biegt auf die A 2 am Nordrand des Ruhrgebiets, Wittke schaut aus dem Fenster. Windräder drehen sich behäbig auf den begrünten Hügeln, auch am Horizont, überall Windräder. ‚Das ist das Erste, was wir kaputtmachen werden‘, sagt Wittke ...“

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Zur Geschichte! – Ralf Michalowsky [LINKE]: Das ist ein Wieder-gänger!)

Das ist es, worüber wir heute reden, nämlich: Der Windenergieerlass ist die in Worte gegossene Politik des Ministers Wittke. Wenn Sie heute ankündigen, dass Sie Ihren Frieden geschlossen haben, hoffe ich, dass das auch für den Generalsekretär der CDU gilt und dass die Nähe des Generalsekretärs zum Landesvorsitzenden noch das eine oder andere tun wird.

Worüber reden wir heute? – Über einen Antrag der FDP. Sie kennen wahrscheinlich die Herren Statler und Waldorf. Nein? – Das sind die beiden Opas aus der „Muppet Show“, die in ihrer engen Loge hoch oben über der Bühne hocken und Gift und Galle über alles spucken, was sie vorne und unten sehen. Egal was gegeben wird, sie geifern und schimpfen. Sie machen im besten – oder im schlechtesten – Sinne Fundamentalopposition, koste es, was es wolle. Sie sind die „Dagegen-Partei“ par excellence. Ich habe heute den Eindruck, dass wir hier auch mit einer „Dagegen-Partei“ par excellence, mit Statlers und Waldorfs in Form von Papke & Co. zu tun haben.

Jüngstes Beispiel ist der Antrag zum Windenergieerlass, den wir heute beraten. Es geht – das betone ich ausdrücklich – um einen Entwurf eines Erlasses, der einer breiten Beratung sowohl bei den Verbänden als auch hier im Parlament zugeführt wird. Es ist nicht selbstverständlich, dass auch im Parlament über Erlasse ausführlich in Anhörungen diskutiert wird. Das werden wir tun. Das haben wir ausdrücklich angeregt. Auch die Verbändeanhörung wird mit den kommunalen Spitzenverbänden in einem gesonderten Extratermin durchgeführt. Alle, die sich daran beteiligen wollen, werden das auch können. Insofern ist der Beteiligung Rechnung getragen.

Gleichzeitig produzieren Sie aber mit Ihrem Antrag Scheinargumente. Erste Behauptung: Die kommunale Planungshoheit wird ausgehebelt. Das ist falsch. Wahr ist, ein Eingriff in die Planungshoheit der Kommunen kann schon aus Verfassungsgründen durch einen Erlass nicht möglich sein. Und er findet auch gar nicht statt. Im Gegenteil: Der Erlass soll für die Kommunen lediglich ein Instrument der Empfehlung, der Hilfe bei entsprechender Abwägung sein. Die Abwägung müssen die Kommunen selber treffen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Die Möglichkeiten werden eingeschränkt!)

– An keiner Stelle. Sie müssen mir beweisen und darlegen, wo die verfassungsrechtliche Stellung der Kommunen eingeschränkt ist. Das ist eine Abwägungshilfe. Im Gegenteil: Wir wollen die Kommunen mit der zusätzlichen Einrichtung einer Clearingstelle unterstützen, um Konflikte möglichst im Vorfeld zu beheben und dazu beizutragen, dass Investitionen in größtmöglicher Übereinstimmung vor Ort getätigt werden können.

Ich begrüße es sehr, dass sich die CDU Gedanken macht. Mit der Idee, eine genossenschaftliche Ausgestaltung zu präferieren, können wir durchaus leben. Wir müssen darüber diskutieren, inwieweit wir das ausgestalten können. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich solche intensiven Gedanken gemacht haben.

Die zweite FDP-Behauptung, Mensch, Natur und Umwelt würden nicht ausreichend geschützt, ist

auch falsch. Und das ist, mit Verlaub, scharf am Rande der Heuchelei.

Wirtschaftliche Interessen können nicht über dem Schutz der Menschen stehen. – Ja, Sie haben recht, stimmt genau. Das gilt auch für uns.

Die FDP schreibt: Die Koalition bricht den Konsens ohne Not auf. – Nein, wir schaffen neuen Konsens, genau das machen wir.

Und Sie schreiben, dass das in Hinterzimmern mit Lobbyisten ausdiskutiert wird. – Nein, im Gegenteil: Wir gehen in die Öffentlichkeit, wir gehen in die Verbändeanhörung. Wir gehen ins Parlament. Eine größere Transparenz können wir doch gar nicht herstellen.

Ich glaube, dass Sie damit Ihre eigene Politik charakterisieren. Wenn ich an die Atomdebatte denke, da haben die Diskussionen doch in den Hinterzimmern stattgefunden. Sie haben eine breite gesellschaftliche Debatte abgelehnt. Sie haben die Bundesländer ausgetrickst. Das ist das, was Ihre Politik charakterisiert.

Was die Menschen betrifft: Auch in Zukunft bleiben die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen vor unzumutbaren Belastungen durch schädliche Umwelteinwirkungen wie Lärm und Schattenwurf geschützt. Es ist sogar so, dass wir teilweise strengere Regeln haben als bundesweit üblich. Im Übrigen sind die Menschen in unserem Land mit großer Mehrheit eben keine Statlers und Waldorfs. Auch sie begrüßen in der großen Mehrheit den Ausbau der Windenergie, weil sie an ihre Kinder, an das Klima und an die Zukunft denken.

Was den Naturschutz betrifft: Auch im neuen Erlass bleiben Nationalparks und Naturschutzgebiete tabu. Und was den Wald betrifft – hier haben wir lediglich die generelle Tabusetzung des Waldes auf, wie das im Einzelfall beispielsweise im Zusammenhang mit nach Kyrill entstandenen Kahlflecken bereits geschehen ist.

Nun zur dritten Behauptung: Die Ausbauziele der Landesregierung in Sachen Windenergie sind utopisch. – Herr Abruszat, es wäre schön, wenn wir hier einmal eine gemeinsame, vielleicht auch wissenschaftliche Grundlage finden könnten. Da stellt sich nun die FDP einerseits mit Mann und Maus dem ambitionierten Ausbau der Windenergie in den Weg und beklagt andererseits, dass es nicht schnell genug vorangehen kann.

Ihr eigener Erlass aus dem Jahre 2005 hat dazu geführt – das müssen wir beklagen; fünf Jahre haben wir verloren –, dass wir bundesweit von Platz drei im Jahr 2003 auf Platz fünf im Jahr 2010 zurückgefallen sind. Wir haben fünf Jahre verloren. In diesem Zeitraum war der Zuwachs der Leistung beispielsweise in Niedersachsen mehr als doppelt so hoch wie in Nordrhein-Westfalen.

Wir haben es hier zu tun mit einer Bilanz eines Windenergieverhinderungserlasses. Wir wollen einen Windenergieermöglichungserlass auf den Weg bringen, um unsere ehrgeizigen Ziele tatsächlich zu erreichen. Ob die gar nicht so ehrgeizig sind und gar nicht so weit weg sind – ich fände es wichtig, dass wir das gemeinsam anhand von konkreten Zahlen und auf konkreter Grundlage klären können. Ich möchte Ihnen ausdrücklich anbieten, dass wir hier eine gemeinsame Grundlage suchen.

Unsere Zahlen – die sind nicht von irgendwem, sondern wir haben uns schon eine fundierte Grundlage geschaffen – haben zum Ergebnis, dass wir unser 15-%-Ziel bis 2020 keineswegs als völlig unmöglich anzusehen haben, im Gegenteil. Nehmen wir an, dass wir bis 2020 einen konstanten Stromverbrauch haben, und lassen wir einen Moment die steigenden Erträge durch Repowering unberücksichtigt, dann brauchen wir zur Erreichung unserer Zielmarke zusätzlich ca. 7.000 Megawatt an installierter Leistung. Hierfür benötigen wir ca. 2.000 Neuanlagen. Über den Zeitraum bis 2020 können wir von einer durchschnittlichen Leistung bei Neuanlagen von mindestens 3,5 MW ausgehen.

Zudem ist bei konservativer Betrachtung bei Anlagen mit einer Nabenhöhe zwischen 130 und 150 Metern von einer Steigerung der Volllaststunden von derzeit 1.700 auf zukünftig 2.300 auszugehen. Der daraus zu erzielende Stromertrag – 15 Terawattstunden – würde zusammen mit den Altanlagen – 15,1 Terawattstunden – das Ziel von 15 % bequem erreichen können.

Berücksichtigen wir jetzt auch noch, dass durch das Repowering der Altanlagen eine erkleckliche Anzahl von Anlagen auf ein Drittel reduziert würde, dann ist das 15-%-Ziel schon mit der Anlagenanzahl, so wie wir sie heute haben, gut zu erreichen. Diese Berechnungen beruhen auf Zahlen, die wir extra noch einmal von der Deutschen WindGuard angefordert haben. Die Deutsche WindGuard bestätigt uns in unserer Annahme. Ich hoffe, dass Sie sich dieser Grundlage und dieser Berechnung anschließen können. Die Deutsche WindGuard gilt als höchst seriös und berät auch den Bundesumweltminister.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen mit dem Ausbau der Windenergie auch den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen stärken. Wir haben hier neben Niedersachsen das zweite Windenergie-Cluster, gerade was den Maschinenbau bzw. den Getriebebau angeht. Hier haben wir gute Chancen, auch über den Standort hinaus Arbeitsplätze und Umwelt- bzw. Klimaschutz miteinander zu verbinden und für Nordrhein-Westfalen zu einer Marke aus Nordrhein-Westfalen zu machen.

Dazu braucht es auch ambitionierte Ziele in Bezug darauf, hier den einen oder anderen technischen Fortschritt zu installieren, um zu zeigen, was Windenergie aus Nordrhein-Westfalen in Nordrhein-

Westfalen kann. – Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Minister Remmel. – Für die CDU hat jetzt Herr Kamieth das Wort.

**Jens Kamieth (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir heute zum Thema „Windenergie“ sprechen. Windenergie ist wie die erneuerbaren Energien insgesamt ein wichtiges Thema und gerade für die CDU von großer Bedeutung. Wir wollen Klima und Umwelt gleichermaßen schützen. Die CDU hat ehrgeizige Ziele. Das sieht man auch daran, dass die Bundesregierung hier gerade in die Offensive gegangen ist.

Mich wundert, dass von den Rednern auf der linken Seite des Plenums die Wirtschaft derart in den Vordergrund gestellt worden ist. In meinen Augen ist es unbestritten, dass die Windenergie ein großer Wirtschaftsfaktor ist. Neben dem wichtigen Ziel des Klimaschutzes sollten wir eines aber nicht vergessen: Es geht nicht nur um das Klima, sondern um die Umwelt insgesamt. Und Umwelt bedeutet für mich auch Schutz des Waldes, Schutz der Fauna und nicht zuletzt Schutz des Menschen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Damit sind wir beim Thema. In der vergangenen Legislaturperiode hat die CDU-geführte Landesregierung Frieden an der Windenergiefront geschaffen. Dieser Konsens, der gut ist und sich bewährt hat, sollte durch den geplanten Erlass der Landesregierung nicht ohne Not aufgekündigt werden. Genau das tun Sie aber leider.

Konsens ist für mich zum einen unter den Regionen wichtig. In allen Regionen müssen gleichermaßen Flächen für Windenergieanlagen ausgewiesen werden. Es kann nicht sein, dass Windenergieanlagen lediglich in den Höhenlagen der Mittelgebirge errichtet werden. Auch an Rhein und Ruhr gibt es viel Wind, der gerade von den modernen Anlagen genutzt werden kann, die in großen Höhen arbeiten. Jeder kennt die Warntafeln „Vorsicht, Seitenwind!“, die man sieht, wenn man über den Rhein fährt. Wenn man einmal gemerkt hat, wie das Auto dort zum Teil hin und her gerissen wird, weiß man, dass es auch an Rhein und Ruhr ausreichend Wind gibt.

Konsens ist auch unter den Kommunen wichtig. Dazu haben wir von Herrn Deppe schon einiges gehört. Ich will das nicht noch weiter ausführen.

Herr Minister Remmel, ich bitte Sie ausdrücklich: Sorgen Sie für eine gleichmäßige Verteilung der Windkraft in Nordrhein-Westfalen. Das ist für mich eine ganz wichtige Voraussetzung, damit die Bürger tatsächlich mitgenommen werden können. Man wird

wenig Akzeptanz finden, wenn es lokale Schwerpunkte gibt, an denen Windkraftanlagen überwiegend aufgestellt werden. Konsens kann es nur mit den Bürgern geben und nicht gegen die Bürger.

Die Bürger, die in direkter Nachbarschaft von Windkraftanlagen wohnen, leiden am meisten unter den lange bekannten negativen Folgen der Windkraftanlagen. Zu nennen sind der Diskoeffekt und die große Lärmentwicklung. Letztere kann mit einem Mindestabstand erträglich gemacht werden. Der Abstand von 1.500 m zur Wohnbebauung ist eine gute Lösung. Ich verstehe nicht, dass die Landesregierung daran etwas ändern will.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Gut und richtig ist auch, dass die Kommunen die Höhe der Anlagen begrenzen und damit den Bedingungen vor Ort anpassen können. Warum wollen Sie diese bewährten Instrumente jetzt ohne Not aufgeben? Sie gefährden damit die Akzeptanz der Windkraft insgesamt.

Beim Bau neuer Anlagen sollten zudem die Bürger direkt und schon bei der ersten Planung einbezogen werden. Die Bürgerbeteiligung ist ein hohes Gut.

Eine Steigerung der Akzeptanz ist in meinen Augen auch dadurch zu schaffen, dass die Bürger finanziell von den Windkraftanlagen profitieren können – Stichwort: Bürgerwindparks.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Bislang ist es häufig so gewesen, dass Investoren und vielleicht die Grundstückseigentümer den Profit alleine eingesteckt haben. Die finanziellen Chancen solcher Windparks müssen meiner Meinung nach allen zugutekommen. Gerade die betroffenen Bürger haben so die Möglichkeit, durch Bürgerwindparks einen finanziellen Ausgleich für die Beeinträchtigungen zu erhalten, denen sie tagtäglich ausgesetzt sind.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Landesregierung sollte sich intensiv Gedanken darüber machen, wie Konzepte entwickelt werden können, die das unterstützen. Wir wollen nicht, dass unsere Bürgerinnen und Bürger den Kopf für den Profit der Energieanlagenbetreiber hinhalten müssen.

Einen weiteren Punkt, der gerade schon angeklungen ist, möchte ich noch vertiefen, nämlich den enormen Flächenverbrauch. Ich komme auf das vom Kollegen Deppe gerade schon gezeichnete Bild der 170 Fußballfelder zurück, die jede Kommune ausweisen muss. Ich habe extra noch einmal nachgefragt. Bei uns in der kleinen Großstadt Siegen gibt es im Moment 20 Sportplätze, die durch ihre Flutlichtanlagen auch gut sichtbar sind. Um auf Vorrangflächen in der Größe von 170 Fußballfeldern zu kommen, müssten wir also die achteinhalbfache Menge ausweisen. Mit den sehr viel höheren

Masten bedeutet das doch eine erhebliche Beeinträchtigung. Deswegen ist es wichtig, dass die Bürger mitgenommen werden und dass alles im Konsens besprochen wird.

Herr Stinka hat gerade den schleppenden Ausbau in Nordrhein-Westfalen angesprochen. Das ist natürlich zu erklären. Wir hatten in den Jahren 2000 bis 2005 einen rasanten Anstieg der Windkraft in Nordrhein-Westfalen. Dann kam 2007 die Wirtschaftskrise. Das hat – zum einen – selbstverständlich zu einer Delle geführt.

Zum anderen ist der Bereich des Repowering jetzt noch nicht so interessant, weil die Anlagen noch relativ neu sind. Sie sind steuerlich noch nicht abgeschrieben; die technische Laufzeit ist noch nicht erreicht.

Der geplante Erlass wird allerdings dazu führen, dass Flächen ausgewiesen werden, die nicht erste Wahl sind. Wir sollten versuchen, optimale Anlagen an optimalen Standorten zu betreiben. Das bedeutet, dass wir verstärkt auf das Repowering setzen müssen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Ja, gute Erkenntnis!)

Ich will auf einen letzten Punkt zu sprechen kommen: Das ist der Wald. Er liegt mir als Siegerländer natürlich ganz besonders am Herzen. Wir sollten diese Tabuzone nicht anfassen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Doch!)

Der Bau im Wald bedarf zunächst einmal einer ganz besonderen Straßenführung. Wir müssen Schwerlastverkehr in den Wald bringen. Dafür reichen die normal befestigten Wege nicht aus. Das Betreiben der Windkraftanlagen im Wald verschreckt die Tiere. Es wird einen ständigen Verkehr für Wartungsarbeiten, für Reparaturmaßnahmen usw. geben, der die Naturzone Wald in ganz besonderem Maße stört.

Ein ganz wichtiger Aspekt ist der Brandschutz. Die großen Windkraftanlagen sind ganz besonders blitzeinschlaggefährdet. Was kann die Feuerwehr machen? Nichts. Sie fährt hin und sorgt dafür, dass die Anlage kontrolliert abbrennt. Wenn etwas herunterfällt, besteht eine große Gefahr für Waldbrände. Das dürfen wir uns nicht erlauben.

Ich komme zum Schluss; ich sehe, ich habe noch 19 Sekunden. Für uns gibt es einen Weg, wie wir im Konsens mit den Kommunen und vor allen Dingen in der Politik eine Lösung finden werden: Wir sollten uns auf Windparks mit einer Bürgerbeteiligung konzentrieren. Wir sollten die Windkraftanlagen im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Kommunen gleichmäßig im Land und bitte außerhalb des Waldes verteilen. Das ist möglich, wenn man es will. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. – Vielen Dank Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Kamieth. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Eiskirch.

**Thomas Eiskirch (SPD):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Für die CDU-Fraktion war das ein weiter Weg; ich bin froh, dass Sie sich auf denselben gemacht haben. Umweltminister Remmel hat gerade noch einmal den damaligen Minister Wittke zitiert und beschrieben, von wo Sie kommen.

Deutlich sind Sie vom Windkraftthasser zu denjenigen geworden, die den Weg suchen, wie man einen verstärkten Einsatz von Windenergie in Nordrhein-Westfalen nicht nur in Bezug auf die Investitionen erzielt, sondern auch den Betrieb in Nordrhein-Westfalen ermöglichen kann, um zum einen die Klimaschutzziele, zum anderen die energiepolitischen Ziele und, wie ich glaube, auch wirtschaftspolitische Ziele gemeinsam zu erreichen.

Deswegen ist es – wie dies übrigens auch in vielen anderen Branchen geschieht; über Bergbauzulieferer können wir noch einmal sprechen – richtig, die Möglichkeit, technologische Fortentwicklung, die in Deutschland und speziell in Nordrhein-Westfalen ihre Heimat hat, vor Ort zur Anwendung und zur Umsetzung zu bringen, um die Weiterentwicklung und die Produktion vor Ort zu verstetigen und zu festigen.

Bei Herrn Deppe ist das nicht ganz so deutlich geworden wie in den Pressemitteilungen des Kollegen Lutz Lienenkämper und in dem, was Kollege Kamieth gerade dazu ausgeführt hat, wie man Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel nicht nur beim Dialogprozess auf dem Weg dorthin, sondern auch am Investment und an der Rendite beteiligen kann, um einen Ausgleich zu finden, aber auch eine Identifikation mit dieser Technologie und dieser Art der Energieerzeugung zu erlangen. Das halte ich für sehr richtig. Ich freue mich, dass Sie sich auf den Weg gemacht haben.

Die Kolleginnen und Kollegen von der FDP lernen das nicht wirklich, auch wenn der Kollege Abrusatz versucht hat, durch seine Rede zum Thema Windenergie, nachdem der eine Wolf dieses Haus verlässt, den Wolf im Schafspelz zu spielen. Das macht deutlich, dass die FDP weiterhin dem Thema Repowering und Windkraftenergie im Ganzen in Nordrhein-Westfalen negativ gegenübersteht.

Ich will Ihnen noch einmal sagen, was ich schon vor einigen Jahren gesagt habe: Windkraftträder werden nicht aus Wind gebaut. Es handelt sich um Getriebetechnik, um Betonbau, Regelungstechnik, um Wertstofftechnik, Elektrotechnik und viele Dinge „Made in NRW“, die unterstützenswert sind.

Wir reden bei der Windkraft und der sie tragenden Industrie von 10.000 Arbeitsplätzen. Um den Vergleich mit meiner Heimatstadt zu nennen: Das sind

knapp dreimal so viele wie bei OPEL. Sie aber sprechen ganz anders über diese Form der Industrie in Nordrhein-Westfalen, obschon sie auch wissen, dass all die Bereiche, die ich gerade genannt habe, im Schwerpunkt mittelständisch geprägt sind. Für die Wirtschaft insgesamt, aber ganz besonders für den Mittelstand ist es wichtig zu spüren, dass man willkommen ist und dass die Produkte willkommen sind.

Ich will aus der Kleinen Anfrage des Kollegen Witzel zitieren. Er spricht über Windkraftträder als der „augenscheinlichen Verschandelung und Verspargelung schöner Landschaften mit den bis zu 200 m hohen Konstruktionen von Monsterwindrädern“. Er sagt weiter: „Hierdurch verlieren angrenzende Grundstücke erheblich an Wert, was mit einer Teilenteignung gleichzusetzen ist.“ Er redet von der „hemmungslosen Expansion der Windindustrieanlagen“. – Dazu kann man nur sagen: Geht es noch? Stimmt's da noch?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Fühlt sich Wirtschaft so aufgehoben? – Ich kann Ihnen nur sagen: Mit Rot und Grün in Nordrhein-Westfalen ist eine solche industriefeindliche Politik, wie Sie sie vorantreiben wollen, nicht zu machen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema „Wald“ sagen. Es geht nicht darum, irgendwo in den Wald, wo Sie und ich spazieren gehen, Windkraftträder zu setzen.

(Rainer Deppe [CDU]: Wo denn?)

Es geht um Orte, wo Wald Nutzwald ist, wo es richtig große Flächen gibt, durch die zum Beispiel „Kyrrill“ durchgegangen ist, die sich zur Nutzung anbieten. Es geht nicht darum, alles überall zu machen,

(Rainer Deppe [CDU]: Das kann nur einer sagen, der aus dem Ruhrgebiet kommt und gar nicht weiß, was Wald ist!)

sondern sehr genau zu schauen, wo wir etwas dafür tun können, dass die Klimaschutzziele, dass die energiepolitischen Ziele und dass die wirtschaftspolitischen Ziele mit Natur, aber auch mit der Nutzung von Flächen, die sich dafür anbieten, in Einklang zu bringen sind.

Der Umweltminister hat gerade deutlich gemacht, dass es einen Vorschlag gibt, den man jetzt in den Dialog mit allen Betroffenen bringen wird. Wir sind gemeinsam daran interessiert, einen für diese drei Bereiche – Klimapolitik, Energiepolitik und Wirtschaftspolitik –, aber auch Naturschutz und Umweltpolitik angemessenen Beitrag zu finden. Der Beitrag der FDP erfüllt all diese Ansprüche nicht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Eiskirch. – Für die Fraktion der FDP spricht jetzt Herr Brockes.

**Dietmar Brockes (FDP):** Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Es ist schon bemerkenswert, wenn die Grünen, die sich immer so mit der Bürgerbeteiligung brüsten, hier massiv die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und der Kommunen in unserem Land einschränken.

Herr Minister, es ist schon fast dreist, wenn Sie sagen, Sie würden nichts einschränken. Da müssen Sie sich nur anschauen, was Sie in Ihrem Erlassentwurf zu den Höhenbegrenzungen geschrieben haben. Denn hierbei greifen Sie sehr bewusst in die Möglichkeiten ein, die wir den Kommunen eröffnet haben.

Es war der Witz schlechthin, Herr Minister, dass Sie uns als die Dagegen-Partei bezeichnen.

(Lachen von der SPD und von den GRÜNEN – Minister Johannes Remmel: Was ist es denn anderes?)

Im Übrigen: Die beiden Alten in der Muppet Show heißen Statler und Waldorf, nicht Statloff.

(Minister Johannes Remmel: Statler und Waldorf – das habe ich doch gesagt!)

Irgendwie fühle ich mich daran erinnert, wenn ich in Ihre Richtung blicke und Sie und Herrn Schneider dort liegen sehe.

Herr Minister Remmel, die Dagegen-Partei ist Ihre Partei.

(Minister Johannes Remmel: Ei, ei, ei!)

Sie sind gegen neue Bahnhöfe, obwohl Sie angeblich für den Schienenverkehr sind. Sie sind sogar gegen die Olympischen Spiele, meine Damen und Herren.

(Minister Johannes Remmel: Reden Sie über Windenergie! – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie sind gegen Transportmittel, die als besonders sicher für flüssige und gasförmige Stoffe gelten.

(Minister Johannes Remmel: Wir reden gerade über Wind!)

Sie sind auch gegen hochmoderne Kohlekraftwerke. Ich gebe zu: Sie haben ähnlich wie eine Windkraftanlage eine Raumbedeutung, aber sie erzeugen die mehrere hundertfache Strommenge.

(Zuruf von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Sie sind sogar – das ist wirklich wichtig, wenn man für die erneuerbaren Energien ist – gegen Pumpspeicherkraftwerke, meine Damen und Herren, wie man jetzt im Schwarzwald erleben darf. Alle Partei-

en vor Ort sind dafür, nur eine Partei ist dagegen: die Grünen.

Interessant ist auch – das haben wir hier in Nordrhein-Westfalen –, dass Sie auch gegen Hochspannungsleitungen sind, die eine gewisse Größe haben und deshalb raumbedeutend sind. Aber, meine Damen und Herren, sie sind bei Weitem nicht so raumbedeutend wie die Windkraftanlagen, die Sie protegieren. Insofern gelten die Ausführungen Ihrer Bezirksregierung zu Hochspannungsleitungen,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

sie seien ein empfindlicher Eingriff in das Landschaftsbild, gerade auch für Windkraftanlagen.

Daher frage ich mich, meine Damen und Herren, warum Sie überall und in allen Wirtschaftszweigen dagegen sind – mit Ausnahme der Windkraft.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Ich habe lange gesucht, um herauszufinden, woran das wohl liegt.

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Brockes, Entschuldigung.

**Dietmar Brockes (FDP):** Frau Präsidentin, ich komme jetzt zum Schluss.

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Nein, ich wollte Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen.

**Dietmar Brockes (FDP):** Das möchte ich nicht. Ich bin gerade so schön in Fahrt und möchte meine Ausführungen beenden.

(Heiterkeit von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich habe lange überlegt, woran es wohl liegt, dass die Grünen gegen alles und nur für die Windindustrie sind.

(Ralf Witzel [FDP]: Bündnis 90/Dagegen!)

Herr Kollege Remmel, ich bin vermutlich im Rechenschaftsbericht der grünen Partei fündig geworden. Meine Damen und Herren, hier wird einseitig eine Politik zugunsten der Nordex, der OSTWIND, der Umweltkontors dieser Welt gemacht, die zulasten der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land geht. Diese Politik werden wir nicht mittragen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von Margret Vosseler [CDU])

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Brockes. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Akbayir.

**Hamide Akbayir (LINKE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wie mein Fraktionskollege, Michael Aggelidis, ausgeführt hat, fällt wirklich auf, dass die FDP-Fraktion mit ihrem Antrag die Interessen der betroffenen Menschen und die Mitspracherechte der Kommunen scheinbar in den Mittelpunkt stellt.

Die FDP-Fraktion tut dies hier – ich sage das ganz offen, meine Damen und Herren – aus rein taktischen Gründen, weil sie keinen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien will. Diesen massiven Ausbau brauchen wir aber, um die Klimaziele zu erreichen. Die FDP-Fraktion behauptet in ihrem Antrag – das wurde immer wieder betont –, die rot-grünen Ausbaupläne für Nordrhein-Westfalen in Sachen Windkraft seien utopisch.

Erlauben Sie mir bitte, in diesem Zusammenhang eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zu zitieren:

„Für eine nachhaltige ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung muss die Nutzung Erneuerbarer Energien künftig sowohl weltweit als auch auf europäischer und nationaler Ebene erheblich zunehmen. Mit Erneuerbaren Energien können Nachteile fossiler und nuklearer Energien vermieden bzw. erheblich vermindert werden. Sie tragen wesentlich zur Umweltentlastung, zum Klimaschutz, zur Schonung erschöpfbarer Ressourcen und zur Energieversorgungssicherheit bei.“

Deshalb sind wir Linken für ehrgeizige Ziele zur Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien an der Energieproduktion insgesamt.

Natürlich werden dadurch auch sinnvolle Erwerbsarbeitsplätze geschaffen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat das so festgestellt. Ich zitiere jetzt aus einem Artikel im „Handelsblatt“:

„Der Beschäftigungseffekt der erneuerbaren Energien ist größer als angenommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die dem Handelsblatt vorliegt. Demnach arbeiteten im vergangenen Jahr 340 000 Menschen in der Branche – 40 000 mehr als in vorherigen Schätzungen.“

Aus alledem ziehe ich folgenden Schluss: Wenn es um die Interessen der Gesundheit der heute lebenden Menschen und um die Interessen unserer Kinder und Kindeskinde geht, ist der Antrag der FDP-Fraktion völlig unproduktiv.

(Beifall von der LINKEN)

Ich freue mich auf eine produktive Diskussion im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Frau Akbayir. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.

**Johannes Remmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu vorgetragenen Argumenten, damit kein falscher Eindruck entsteht.

Bei der Frage der Abstände – Herr Kamieth hatte das angeführt – müssen Sie mir erklären, warum Windenergieanlagen, also Anlagen wie jede andere technische Anlage auch, anders als andere Anlagen beispielsweise nach TA Lärm behandelt werden sollen. Hierzu gibt es allgemeine Regeln. Diese allgemeinen Regeln sollen auch für Windenergieanlagen gelten. Das finde ich in Ordnung. Sonst wären diese Regeln grundsätzlich falsch. Dann müssten wir über die TA Lärm diskutieren.

Zweiter Punkt. Damit kein falscher Eindruck entsteht und damit wir das in der Debatte nicht weiter vertiefen, stelle ich klar: Die Landesregierung beabsichtigt nicht, irgendwelche landesplanerischen Initiativen zu ergreifen, um 2 % der Landesfläche für Windenergie zu sichern. Das ist eine Zielvorstellung. Die Kommunen sind völlig frei, sich zu orientieren. Aber wir werden keine Verpflichtung auf den Weg bringen, um irgendwelche neuen Flächen zwangsweise über die Landesplanung ausweisen zu müssen. Das ist eine Zielvorstellung, weil wir glauben, mit einer solchen Zielvorstellung auch eine Perspektive zu formulieren.

Wichtiger ist uns das 15-%-Ziel. Das ist – das habe ich eben dargestellt, und ich hoffe, Herr Abruszat, wir können uns dann den Zahlen auch gemeinsam nähern – mit der jetzigen Anlagenzahl, wenn wir sie etwas höher bauen und wenn wir die Leistungskraft verstärken, zu erreichen.

Dritter Punkt: Auch das ist mir wichtig, Herr Kamieth, wenn es um den Wald geht. Sie selber sind ja nahe dran. In Hilchenbach um die Ecke funktioniert es hervorragend. Es gibt einen großen Konsens vor Ort, an dem auch Ihre Fraktion, Ihre Partei beteiligt ist. Diese Anlagen sind allgemein akzeptiert. Wir haben den BUND, den NABU und die Waldbauern an dieser Stelle auf unserer Seite. Wir wollen einen gemeinsamen Leitfaden erarbeiten, bei dem es darum geht, auf sanfte Weise da, wo es möglich ist, auf Kyrill-Flächen solche Standorte zu erschließen. Das werden wir gemeinschaftlich im Konsens tun. Die ersten Vorgespräche für einen solchen Leitfaden sind bereits im Gange.

Einen vierten Punkt möchte ich nennen. Der kommt in der Debatte etwas zu kurz. Es gibt mittlerweile Kommunen und Bürgermeister, die sich auch deshalb Gedanken über neue Windkraftstandorte machen, weil sie sich über die Gewerbesteuer eine zu-

sätzliche Einnahme für ihre Haushalte versprechen. Sie sind die letzten fünf Jahre durch die kommunalen Haushalte räubern gegangen. Insofern ist das auch eine zukünftige zusätzliche Perspektive für den einen oder anderen zusätzlichen kommunalen Euro.

Dass das nicht parteipolitisch so eindeutig zuzuordnen ist, macht auch ein Kollege von der FDP deutlich, beispielsweise in der Gemeinde Lichtenau im Kreis Paderborn. Dort ausgerechnet hat die FDP zum Umdenken in der Windenergie aufgerufen. Durch Repowering und die Genehmigung des Windparks Hassel könne die Stadt erhebliche Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer erwarten, sagt der Kollege der FDP in Lichtenau. Das Landschaftsbild, so der dortige FDP-Fraktionsvorsitzende, werde verbessert, da weniger Windenergieanlagen mit doppelter Leistung installiert werden.

Genau das, Herr Abruszat, wollen wir. Wir würden uns wünschen, dass Sie genauso wie der Kollege in Lichtenau aus Ihren Gräben herauskommen und wir genau das machen können. In diesem Sinne würde ich mir Ihre Unterstützung wünschen – für das Land und für die Arbeitsplätze und für die Umwelt. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Minister Rimmel. – Wir sind am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1323 an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend –, an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** sowie an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Offensichtlich alle Fraktionen. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

## 8 Leiharbeit im BLB beenden!

Antrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/1307

Die Beratung eröffnet für die antragstellende Fraktion Frau Demirel.

**Özlem Alev Demirel (LINKE):** Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist der Aktionstag der Gewerkschaften gegen Leiharbeit. Ich

und meine Fraktion sind solidarisch mit den Gewerkschaften und ihren Forderungen.

In diesem Zusammenhang ist auch unser Antrag zu betrachten. Diesmal geht es um den BLB. Allein die heutigen Überschriften in den Zeitungen machen deutlich, dass beim BLB einiges im Argen liegt. Einige Überschriften von heute lauten: „NRW-Korruptionsaffäre weitet sich aus“, „Fahndung rund um BLB ausgedehnt“ und „Bauskandal wird Millionen kosten“.

Zum Landesarchiv in Duisburg selbst hatten wir ja bereits eine Aktuelle Stunde beantragt. Nun kommen sogar weitere Skandale des BLB hinzu.

Dies sind aber auch nur die Probleme, die derzeit in den Medien behandelt werden.

In unserem Antrag gehen wir noch auf einen weiteren Punkt, ein weiteres Problem im BLB ein.

Meine Damen und Herren, seit 2006 sind 454 Stellen beim BLB abgebaut worden. Gleichzeitig sind in diesem Zeitraum die Bauausgaben um über 500 Millionen € gestiegen. Somit haben die Aufgaben des BLB massiv zugenommen. Jedem Menschen sollte eigentlich ersichtlich sein, dass das nicht zusammenpasst. Wenn ein Unternehmen mehr Aufträge hat, baut es nicht kontinuierlich Stellen ab. Das war aber die Vorgabe der Landesregierung und musste umgesetzt werden. Bis 2016 sollen sogar weitere kw-Vermerke in Höhe von 298 Stellen realisiert werden.

Wenn für zusätzliche Aufgaben im BLB kein Personal zur Verfügung steht, wird sich anderweitig umgeschaut. Dabei ist im BLB ein einfacher Buchungstrick angewandt worden. Weil kein Geld für Personal zur Verfügung steht, sind Menschen ausgeliehen worden und als Sachausgaben deklariert worden. Geht es eigentlich noch menschenverachtender, meine Damen und Herren?

(Beifall von der LINKEN)

Herr Walter-Borjans, heute auf dem Aktionstag und überhaupt fragt ver.di zu Recht: Würden Sie Ihre Kinder ausleihen?

Ich frage Sie, Herr Minister: Wollen Sie ausgeliehen werden und dann noch als Sachkostenfaktor ausgewiesen werden?

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, das alles geschieht unter einer Regierung, in dessen Kabinett Herr Schneider als ehemaliger DGB-Landeschef sitzt. Das ist eine Schande.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, gegen die Sklaventreiber der Leiharbeitsfirmen läuft gerade ein Aktionstag der Gewerkschaften, den wir natürlich als Linke ohne Wenn und Aber unterstützen.